



An den Grossen Rat

23.5209.02

ED/P235209

Basel, 5. Juli 2023

Regierungsratsbeschluss vom 4. Juli 2023

Schriftliche Anfrage Sandra Bothe-Wenk betreffend langfristigen und koordinierten Massnahmen bezüglich des Lehrpersonenmangels

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Sandra Bothe-Wenk dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Der Kanton Basel-Landschaft führt im April und Mai 2023 Informationsanlässe für ehemalige Lehrpersonen durch, damit Interessierte ermutigt werden, wieder in den Lehrberuf einzusteigen. Die Massnahme ist eine Möglichkeit dem Fachkräftemangel im Bildungsbereich entgegenzuwirken und qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen, was von entscheidender Bedeutung ist, um die Qualität der Bildung sicherzustellen. Die Lehrpersonenknappheit kann auch dadurch bekämpft werden, indem Lehrpersonen im Beruf bleiben. Eine Umfrage der Lehrpersonen im Kanton Baselland hat ergeben, dass mehr als 90% der Befragten den hohen Anteil an administrativen Aufgaben und weitere Zusatzaufgaben beklagen, weil dadurch nicht genügend Zeit für den eigentlichen Unterricht bleibt. Der Lehrerverband BL hat daher diesen Januar gefordert, dass der Fokus stärker auf den Unterricht gelegt wird und der Bürokratieabbau vorangetrieben wird, u.a. damit der Beruf an Attraktivität gewinnt. Es ist deshalb von Interesse, welche konkreten Massnahmen der Kanton Basel-Stadt mittel- und langfristig plant, um dem Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken und dabei auch den Wiedereinstieg von ehemaligen Lehrpersonen zu fördern. Davon ausgehend, dass an den Schulen die Personalplanung für das kommende Schuljahr 23/24 zwecks Legung der Stundenpläne in vollem Gange ist, bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation bzgl. qualitativer und quantitativer Lehr- und Fachpersonalsuche resp. Stellenbesetzung an Schulen für das kommende Schuljahr 23/24? Bitte um eine ausführliche Antwort in Bezug auf die Schulstufen und Fächer.
2. Sind für den Kanton Basel-Stadt ähnliche Informationsveranstaltungen bzgl. Wiedereinstieg von Lehrpersonen angedacht wie in Basel-Landschaft geplant sind und überlegt sich der Regierungsrat, Anreize zu schaffen, um ehemalige Lehrpersonen dazu zu motivieren, wieder in den Lehrberuf einzusteigen?
3. Plant der Regierungsrat Massnahmen, um die anstehende Pensionierungswelle abzufedern und ist angedacht, die Erfahrungen und Kompetenzen von pensionierten Lehrpersonen weiter zu nutzen, beispielsweise im Mentoring (junge Lehrpersonen / Quereinsteiger / Lehrpersonen ohne entsprechende Qualifikation)? Sieht der Regierungsrat Anreize vor, damit sich frisch pensionierte Lehrpersonen weiter engagieren?
4. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation bzgl. administrativer Aufgaben und Zusatzaufgaben in den Schulen von Basel-Stadt ein und welche konkreten Massnahmen ergreift er, um den Lehrberuf attraktiver zu gestalten und sicherzustellen, dass der Schulunterricht Priorität hat?

5. Koordiniert der Kanton Basel-Stadt seine Massnahmen zur langfristigen Bekämpfung des Lehrpersonenmangels mit anderen Kantonen in der Nordwestschweiz? Dies insbesondere auch für Fächer der Volks- und Mittelschulen, wo der Lehrpersonenmangel besonders herausfordernd ist wie beispielsweise Französisch oder die naturwissenschaftlichen Fächer
 - a. Wenn ja, wie setzt sich das Gremium (Taskforce) zusammen und wer vertritt den Kanton Basel-Stadt als Delegierte?
 - b. Sind gemeinsame Initiativen, Kooperationsprojekte oder auch kantonale Werbekampagnen angedacht, um den Bedarf an qualifizierten Lehrkräften in der Region zu decken?
 - c. Wenn nein, weshalb nicht?

Sandra Bothe-Wenk»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Zu den einzelnen Fragen

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation bzgl. qualitativer und quantitativer Lehr- und Fachpersonalsuche resp. Stellenbesetzung an Schulen für das kommende Schuljahr 23/24? Bitte um eine ausführliche Antwort in Bezug auf die Schulstufen und Fächer.*

Für das Schuljahr 2023/24 werden voraussichtlich alle Stellen besetzt werden können. Auf Primarstufe (inklusive Kindergarten und Schulischer Heilpädagogik) sind, Stand Anfang Juni 2023, elf Lehrpersonenstellen im Stellenportal ausgeschrieben, darunter ebenfalls Kleinpensen und eine Stellvertretung bis zu den Herbstferien. Falls es Lücken gibt, können diese innerhalb der Schulen durch interne Verschiebungen gefüllt werden. Solche Vakanzen werden nicht ausgeschrieben. Zudem werden noch Logopädinnen und Assistenzen gesucht.

Auf der Sekundarstufe I werden Lehrpersonen für die Fächer Französisch, Natur und Technik, MINT, Mathematik sowie für Heilpädagogik gesucht. Die Sekundarstufe I verzeichnet Stand Anfang Juni 2023 vier offene Stellen, davon eine Stelle Heilpädagogik.

2. *Sind für den Kanton Basel-Stadt ähnliche Informationsveranstaltungen bzgl. Wiedereinstieg von Lehrpersonen angedacht wie in Basel-Landschaft geplant sind und überlegt sich der Regierungsrat, Anreize zu schaffen, um ehemalige Lehrpersonen dazu zu motivieren, wieder in den Lehrberuf einzusteigen?*

Aktuell sind noch keine solche Anlässe geplant. Im Erziehungsdepartement wurde eine Task Force zur Thematik Fachkräftemangel eingerichtet. Die Hauptaufgabe dieser Task Force besteht darin, eine umfassende Strategie zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften zu entwickeln und umzusetzen. Sie wird eng mit den verschiedenen Abteilungen und Fachbereichen des Erziehungsdepartements zusammenarbeiten, um einen ganzheitlichen Ansatz zu gewährleisten. Die Task Force wird sich intensiv mit der Arbeitsmarktsituation in den betroffenen Bereichen befassen, um Trends und Engpässe zu identifizieren und entsprechende Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten.

3. *Plant der Regierungsrat Massnahmen, um die anstehende Pensionierungswelle abzufedern und ist angedacht, die Erfahrungen und Kompetenzen von pensionierten Lehrpersonen weiter zu nutzen, beispielsweise im Mentoring (junge Lehrpersonen / Quereinsteiger / Lehrpersonen ohne entsprechende Qualifikation)? Sieht der Regierungsrat Anreize vor, damit sich frisch pensionierte Lehrpersonen weiter engagieren?*

Diese Frage ist mit der Antwort zu Frage Nr. 2 beantwortet.

4. *Wie schätzt der Regierungsrat die Situation bzgl. administrativer Aufgaben und Zusatzaufgaben in den Schulen von Basel-Stadt ein und welche konkreten Massnahmen ergreift er, um den Lehrberuf attraktiver zu gestalten und sicherzustellen, dass der Schulunterricht Priorität hat?*

Im Zentrum des Berufsauftrags steht das Unterrichten. Die Arbeit der Lehrpersonen ist aber zweifelsohne anspruchsvoller und vielfältiger geworden. Die öffentliche Schule hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig verändert und weiterentwickelt. Die gesellschaftliche Heterogenität und der Anspruch der didaktischen Berücksichtigung dieser Vielfalt prägen die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer entscheidend mit. Dies zeigt sich beispielsweise in der Individualisierung des Unterrichts, der verstärkten Zusammenarbeit im pädagogischen Team, im Kollegium sowie mit weiteren Fachpersonen und nicht zuletzt durch die stärkere Kooperation der Schule mit den Erziehungsberechtigten. Die Zunahme von Schülerinnen und Schülern, die individuell gefördert werden, und von Schülerinnen und Schülern mit Auffälligkeiten im sozialemotionalen Bereich führen zu einem Mehrbedarf an Abklärung, Beratung und Begleitung. Die Lehrpersonen werden dabei von schuleigenen Diensten sowie von weiteren kantonalen Stellen unterstützt. Diese Aufgaben gehören auch zum pädagogischen Auftrag und sind letztlich Teil des Bildungserfolgs.

Diese Veränderungen spiegeln sich im Berufsauftrag und in den vorhandenen Ressourcen. Das Erziehungsdepartement tauscht sich regelmässig mit der Kantonalen Schulkonferenz Basel-Stadt KSBS und der Freiwilligen Schulsynode FSS über die Arbeitsbedingungen und Entlastungsmöglichkeiten im Schulalltag aus. Das Erziehungsdepartement hat ein umfassendes Massnahmenpaket zur Weiterentwicklung der integrativen Schule erarbeitet. Der Zwischenbericht «Massnahmen für die Verbesserung der integrativen Volksschule Basel-Stadt» befindet sich aktuell in einer umfassenden Konsultation. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler gezielter zu fördern und damit auch der grossen Belastung von Lehr- und Fachpersonen und Schulleitungen entgegenzuwirken. Ein wichtiger Pfeiler ist zudem die Weiterbildung, die neben Kursen und Qualifikationen zu fachbezogenen und pädagogischen Kompetenzen solche zu Selbst- und Sozialkompetenzen anbietet und damit eine persönliche Weiterentwicklung im Schulumfeld ermöglicht.

5. *Koordiniert der Kanton Basel-Stadt seine Massnahmen zur langfristigen Bekämpfung des Lehrpersonenmangels mit anderen Kantonen in der Nordwestschweiz? Dies insbesondere auch für Fächer der Volks- und Mittelschulen, wo der Lehrpersonenmangel besonders herausfordernd ist wie beispielsweise Französisch oder die naturwissenschaftlichen Fächer.*

Ja.

- a. *Wenn ja, wie setzt sich das Gremium (Taskforce) zusammen und wer vertritt den Kanton Basel-Stadt als Delegierte?*

Die Leitungskonferenz Volksschulen des Bildungsraums Nordwestschweiz plant, eine vierkantonale Arbeitsgruppe zum Lehrpersonenmangel einzusetzen. Diese wird neben einer Vertretung der Pädagogischen Hochschule FHNW aus denselben Mitgliedern bestehen, die die Kantone im Koordinationsausschuss Q+ (Begleitgruppe für die Studienvarianten Quest und BaMaPlus an der PH FHNW) vertreten. Für Basel-Stadt ist dies die stellvertretende Leiterin Volksschulen. Das Erziehungsdepartement hat eigenständig eine Task Force eingesetzt, welche sich aus sieben Personen von den Bereichen Human Resources, Mittel- und Berufsschulen, Volksschulen und Jugend, Familie und Sport zusammensetzt.

- b. Sind gemeinsame Initiativen, Kooperationsprojekte oder auch kantonale Werbekampagnen angedacht, um den Bedarf an qualifizierten Lehrkräften in der Region zu decken?

Basel-Stadt wird sich mit den Partnerkantonen im Bildungsraum an der Awareness-Kampagne «Lehrer/in werden» (Lehrerinwerden.ch) beteiligen.

- c. Wenn nein, weshalb nicht?

Diese Frage ist mit der Antwort zu Frage Nr. 5b beantwortet.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin